



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Parlamentarische Anträge zum Budget 2011**

Autor/in: Diverse

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 28. Oktober 2010

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)



Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft

Rathausstrasse 2, 4410 Liestal, Tel 061 - 925 51 11, Fax 061 - 925 69 55

e-mail landeskanzlei@lka.bl.ch

An
die Direktionen
das Kantonsgericht
den Ombudsman

EILT!!!

Liestal, 28. Oktober 2010

Ihre Stellungnahmen zu den Anträgen zum Budget 2011

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie erhalten in der Beilage Kopien der Budgetanträge, die am 28. Oktober 2010 eingereicht worden sind und die Ihre Direktion betreffen, zur Stellungnahme. Die Budgetanträge sind auch im Internet zu finden ([www.bl.ch/Parlament/Geschäfte/Nrn. 2010/316-01](http://www.bl.ch/Parlament/Geschäfte/Nrn.2010/316-01) bis 22).

Damit die Budgetanträge vom Regierungsrat und von der Finanzkommission rechtzeitig behandelt werden können, haben wir wiederum einen detaillierten Zeitplan aufgestellt (Beilage).

Dürfen wir Sie bitten, dafür besorgt zu sein, dass Ihre kurzen Stellungnahmen zu jedem einzelnen Budgetantrag bis spätestens Mittwoch, 3. November 2010, IN ELEKTRONISCHER FORM bei Ruedi Metzger, Chief Controller Finanzverwaltung, vorliegen.

Für Ihre Bemühungen danke ich Ihnen im Voraus bestens.

Mit freundlichen Grüssen
Landeskanzlei Basel-Landschaft

Walter Mundschin

Beilagen erwähnt

Kopie z.K. an

- Marc Joset, Präsident Finanzkommission
- Regierungsrat (Auflage)
- Finanzverwalterin Yvonne Reichlin
- Ruedi Metzger, Chief Controller
- Barbara Imwinkelried, c/o Landeskanzlei

Terminplanung für die Bearbeitung und Beratung der Budgetanträge 2010 (zum Budget 2011)

Donnerstag, 28.10.	Einreichung der Budgetanträge (BA) Weiterleitung BA an Direktionen/Kantonsgericht (<i>Landschreiber</i>) Publikation BA im Internet (<i>Eugen Lichtsteiner</i>)
Dienstag, 02.11.	Offizielle Überweisung der BA an Direktionen / Kantonsgericht (<i>Regierungsrat</i>)
Mittwoch, 03.11.	Schriftliche Stellungnahmen (in elektronischer Form) der Direktionen und des Kantonsgerichts zu den BA bei Finanzverwaltung (<i>Direktionen</i>) <i>Finanzverwaltung</i> bereitet Vorlage an den Landrat vor
Freitag, 05.11.	Entwurf Vorlage an Landrat wird Mitgliedern des Regierungsrates zugestellt
Dienstag, 09.11.	Stellungnahme des Regierungsrates zu den einzelnen Budgetanträgen / Formelle Verabschiedung der Vorlage an den Landrat (<i>Regierungsrat</i>) Kopieren und Versand der Vorlage an Finanzkommission (<i>Barbara Imwinkelried</i>) und Landrat (<i>Landeskanzlei</i>)
Mittwoch, 17.11	Beratung der Budgetanträge (<i>Finanzkommission</i>)
Donnerstag, 25.11.	Kommissionsbericht zu den Budgetanträgen und zum Budget bei Landeskanzlei (<i>Marc Joset</i>)
Freitag, 26.11.	Kopieren und Versand des Kommissionsberichtes an Landrat (<i>Landeskanzlei</i>)
Mittwoch/Donnerstag, 08./09.12.	Budget-Sitzung des Landrates

25. Oktober 2010/Landrat\ba2010.Ter

Budget 2011

Die SVP-Fraktion beantragt die Rückweisung des Budgets 2011 an die Regierung mit dem Auftrag

- a) durch ausgabenseitige Einsparungen den **budgetierten Aufwand im Staatshaushalt 2011 gesamthaft um insgesamt 3,5% zu reduzieren**. Das Ziel ist ein ausgeglichenes Haushaltsbudget 2011.
- b) dem Landrat mit dem Budget 2011 die Eckwerte und den Terminplan für eine **Aufgabenprüfung** mit Wirkung für das Budget 2012 und die Finanzplanjahre vorzulegen.

Begründung: Der vom Regierungsrat vorgelegte Voranschlag 2011 ist mit einem Aufwandüberschuss von 91.2 Millionen Franken, welcher das Eigenkapital des Kantons um weitere 71 Millionen reduzieren soll, sowie einem Netto-Finanzierungsbedarf, sprich einer Neuverschuldung von 375 Millionen Franken nicht akzeptabel.

Der Finanzhaushalt ist gemäss Verfassung sparsam, wirtschaftlich und konjunkturgerecht zu führen und soll auf Dauer ausgeglichen sein. Diesen verfassungsmässigen Grundsätzen entspricht das vorliegende Budget nicht.

Zudem schreibt § 32b des Finanzhaushaltsgesetzes vor, dass ein Aufwandüberschuss im Voranschlag der Erfolgsrechnung in einem ersten Schritt durch Massnahmen auf der Aufwandseite auszugleichen ist. Der Regierungsrat müsste demgemäss in der Vorlage zum Budget nachweisen, dass der Handlungsspielraum auf der Aufwandseite ausgeschöpft sei. Diesen Nachweis bleibt der Regierungsrat im Voranschlag 2011 schuldig.

Die SVP Fraktion ist überzeugt, dass es möglich sein muss, durch einfache aber konsequente Massnahmen in allen Direktionen den Aufwand insgesamt um mindestens 3.5% zu senken, wodurch ein ausgeglichener Voranschlag 2011 möglich würde. Diese Zielsetzung ist realistisch und erreichbar. In den Organisationseinheiten der Privatwirtschaft sind Kostensenkungsprogramme in wesentlich grösserem Umfang regelmässig und wiederkehrend erfolgreich umgesetzt worden. Dies muss im zumutbaren Rahmen von 3,5% auch in öffentlichen Haushalt des Kantons Baselland realisiert werden, um drohende automatische Steuererhöhungen in den nächsten Jahren, ausgelöst durch die untaugliche Defizitbremse im Kanton Baselland, verhindert werden können.

Antrag 2010-316 02 von Hanspeter Weibel, SVP-Fraktion

Direktionen: alle

Alle Konti: 5.1 Verpflichtungskredite (Seite 256-263 Voranschlag 2011)

Antrag: Sämtliche Verpflichtungskredite sind zu überprüfen und neu zu beantragen.

Begründung: Einmal gesprochene Verpflichtungskredite müssen im Hinblick auf eine Sparrunde überprüft und neu beantragt werden. Sie sind entsprechend zu priorisieren und dem Landrat als gemeinsame Vorlage zur Genehmigung vorzulegen. Dies betrifft auch Verpflichtungskredite, deren vertragliche Laufzeit über das Budget 2011 hinausgehen. Wenn letztere nicht mehr genehmigt werden, endet ihre Laufzeit innert der kürzestmöglichen Kündigungsfrist.

Antrag 2010-316 03 von Hans-Jürgen Ringgenberg, SVP-Fraktion

Direktionen: alle

Konto Nr. 30: Personalaufwand

Antrag: Personalabbau durch einen sofortigen, generellen Personal-Einstellstopp

Begründung:

Trotz geltendem Personalstopp sind der Personalbestand und die Personalkosten stetig angewachsen. Eine Entwicklung die mit Blick auf die Staatsfinanzen so nicht weiter hingenommen werden darf.

Wir verlangen deshalb einen sofortigen Personalstopp bei Neueinstellungen, Fluktuationen und bei der Neubesetzung von Pensioniertenstellen.

Das Einsparungspotential in aufgrund der zu erwartenden Pensionierungen und von Erfahrungswerten bei der durchschnittlichen Personalfluktuations von der Verwaltung zu errechnen.

Antrag 2010-316 04, von Klaus Kirchmayr, Grüne Fraktion

Reduktion Dienststellensaldo Generalsekretariat FKD (P2100)

Im Generalsekretariat ist ein Aufwand von Total 31.7 Millionen Franken budgetiert. Die angespannte Finanzlage des Kantons zwingt zur Verstärkung der Sparanstrengungen im Sinne des Gesamtinteresses. Eine Kürzung von 2% oder 0.6 Millionen Franken ist angemessen.

Entsprechend wird folgendes beantragt:

Das Aufwandtotal der Dienststelle P2106, ist um 2% zu kürzen. Der Regierungsrat, bzw. die Finanzdirektion beschliesst die Details.

Antrag 2010-316 05 der SVP-Fraktion

P 2101 Fachstelle für Gleichstellung: Konto 317

Antrag:

Das Konto für Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen ist auf die Höhe des Betrages von CHF 5000.- des Jahres 2010 zu reduzieren.

Begründung:

Erhöhung gegenüber B 2010 um 106% ohne Angabe des Erhöhungsbedarfs.

Reduktion Dienststellensaldo Personalamt (P2104)

Im Personalamt ist ein Aufwand von Total 22.2 Millionen Franken budgetiert. Die angespannte Finanzlage des Kantons zwingt zur Verstärkung der Sparanstrengungen im Sinne des Gesamtinteresses. Eine Kürzung von 2% oder 0.4 Millionen Franken ist angemessen.

Entsprechend wird folgendes beantragt:

Das Aufwandtotal der Dienststelle P2104, ist um 2% zu kürzen. Der Regierungsrat, bzw. die Finanzdirektion beschliesst die Details.

Antrag 2010-316 07 der SVP-Fraktion

P 2104 Personalamt: Konto 310

Antrag:

Das Konto für Material- und Warenaufwand ist auf die Höhe des Betrages von CHF 85370.- des Jahres 2010 zu reduzieren.

Begründung:

Erhöhung gegenüber B 2010 um 28% ohne Angabe des Erhöhungsbedarfs.

Antrag 2010-316 08, von Klaus Kirchmayr, Grüne Fraktion

Reduktion Dienststellensaldo KIGA (P2101, P2102, P2103)

Im Bereich des KIGA sind in den 4 Dienststellen P2101, P2102 und P2103 ein Aufwand von Total 22.9 Millionen Franken budgetiert. Angesichts der schwierigen Lage der Kantonsfinanzen sind die Sparanstrengungen zu verstärken. Eine Kürzung von 2% oder 0.4 Millionen Franken ist angemessen.

Entsprechend wird folgendes beantragt:

Das Aufwandtotal der 3 Dienststellen P2101, P2102, P2103 ist um 2% zu kürzen. Der Regierungsrat, bzw. die VGD beschliesst die Details.

Reduktion Dienststellensaldo Spitäler Liestal, Bruderholz und Laufen

In den 4 Spitälern des Kantons ist ein Totalaufwand von 536.4 Millionen Franken budgetiert. Während die Psychiatrischen Dienste (+ 0%) stabil bleiben und des Kantonsspital Liestal (+ 1%) nur moderat wächst, ist dieses Wachstum in den Spitälern Bruderholz und Laufen relativ hoch (+ 2%). Eine Beschränkung dieses Wachstums auf 0.8% für die Akutspitäler ist angesichts der schwierigen Lage der Kantonsfinanzen angemessen. Aus der Umsetzung dieser Vorgabe resultiert eine Budgetkürzung von 3.9 Millionen Franken.

Entsprechend wird folgendes beantragt:

Die Steigerung des Aufwandtotals der Dienststellen P2210, P2211 und P2212 gegenüber dem Budgetwert für 2010 ist auf maximal 0.8% zu begrenzen.

Antrag 2010-316 10, von Klaus Kirchmayr, Grüne Fraktion

Reduktion Dienststellensaldo Tiefbauamt (P2301, P2302, P2303)

Im Bereich des Tiefbauamtes sind in den 3 Dienststellen P2301, P2302 und P2303 ein Aufwand von Total 69.9 Millionen Franken budgetiert. Angesichts der schwierigen Lage der Kantonsfinanzen sind die Sparanstrengungen zu verstärken. Eine Kürzung von 3% oder 2.1 Millionen Franken ist angemessen.

Entsprechend wird folgendes beantragt:

Das Aufwandtotal der 3 Dienststellen P2301, P2302, P2303 ist um 3% zu kürzen. Der Regierungsrat, bzw. die Bau- und Umweltschutzdirektion beschliesst die Details.

Antrag 2010-316 11 von Mirjam Würth, SP-Fraktion

Direktion: BUD

P2 30 1 Tiefbauamt Strassen Investitionen

Kt 50 Sachanlagen

Antrag:

Fr. 1'750'000 einsparen

Begründung:

Bei Total Nettoinvestitionen von Fr. 58'620'000 scheinen Einsparungen von 1'750'000, was drei Prozent., entspricht/im Bereich des Möglichen zu liegen. Unter diesem Konto sind diverse Realisierungs- und Projektierungsarbeiten aufgeführt, so dass mit den entsprechenden Kürzungen (z.B. minimale Reduktion des Standards bei der Ausführung) und Verschiebungen unter diesen Konti diese Einsparung erreicht werden kann.

Mitunterzeichnerinnen/Mitunterzeichner

Baumann, Brassel, Bühler, Fankhauser, Halder, Hänggi, Huggel, Joset, Koch, Küng, Meschberger und Schweizer Hannes

Antrag 2010-316 12, von Klaus Kirchmayr, Grüne Fraktion

Reduktion Dienststellensaldo Hochbauamt (P2304)

Im Bereich des Hochbauamtes ist ein Aufwand von Total 87.4 Millionen Franken budgetiert. Angesichts der schwierigen Lage der Kantonsfinanzen sind die Sparanstrengungen zu verstärken. Eine Kürzung von 2% oder 1.7 Millionen Franken ist angemessen.

Entsprechend wird folgendes beantragt:

Das Aufwandtotal der Dienststelle P2304 (Hochbauamt) ist um 2% zu kürzen. Der Regierungsrat, bzw. die Bau- und Umweltschutzdirektion beschliesst die Details.

Antrag 2010-316 13 der Umweltschutz- und Energiekommission

Amt für Umweltschutz und Energie

Weiterführung der Abfallpädagogikkurse und KVA-Exkursionen

Das Amt für Umweltschutz und Energie (AUE) bietet seit über zehn Jahren für Schulklassen und andere Gruppen aus dem Kanton BL (Werkhofmitarbeiter, Kommissionsmitglieder, Ferienpass usw.) kostenlos Exkursionen zur Kehrichtverbrennungsanlage Basel (KVA-Basel) mit anschliessendem Abfallpädagogikkurs zum Thema Ressourcenschonung und Anti-Littering an. Die Kurse erfreuen sich seit Jahren grosser Beliebtheit, ist doch die Dringlichkeit eines sinnvollen Umganges mit unseren Ressourcen, resp. mit deren Abfällen unbestritten. Die Rückmeldungen beim AUE sind ausschliesslich positiv. Parallel dazu initiiert eine Abfallpädagogin im Auftrag des gleichen Amtes in den Schulen des Kantons BL Abfallprojekte und Anti-Littering Aktivitäten. Die Kurse werden dann angeboten, wenn die Schulen bzw. Gemeinden bereit sind, Eigenleistungen in mindestens gleichem Umfang zu erbringen und die Aktivitäten nach der Pilotphase eigenständig weiterzuführen.

Durch diese zwei Projekte konnten in den Jahren 2008, 2009 und 2010 (bis Ende Juli) gegen 6'500 Kinder und Jugendliche direkt erreicht werden.

Aus Spargründen hat das AUE nun aber das Budget sowohl für sämtliche Abfallpädagogikkurse + KVA-Exkursionen als auch für die Kurse in den Schulen ab 2011 ersatzlos gestrichen. Entsprechend wurde den zehn Abfallpädagoginnen der bis 30.06.2011 laufende Vertrag vorzeitig auf Ende 2010 gekündigt. Damit soll auf Ende 2010 auch das letzte Sensibilisierungsprojekt des AUE für Jugendliche zum Thema Ressourcenschonung und Anti-Littering noch gestrichen werden.

Antrag

Das Amt für Umweltschutz und Energie (AUE) wird beauftragt, die zwei Projekte "Abfallpädagogikkurse + KVA-Exkursionen" und "Abfall + Anti-Littering in den Schulen" im gleichen Rahmen weiterzuführen. Hierzu ist ein Betrag von Fr. 80'000 ins Budget 2011 aufzunehmen (P2305 KOA 301 - 305). Die Kündigungen der Verträge mit den Abfallpädagoginnen sind rückgängig zu machen.

Reduktion Dienststellensaldo Amt für industrielle Betriebe (P2306)

Im Amt für industrielle Betriebe ist ein Aufwand von Total 31.7 Millionen Franken budgetiert. Das AIB hat in der Vergangenheit durchaus sehenswerte Einsparungen realisieren können, doch zwingt die schwierige Finanzlage zu weiteren Schritten im Sinne des Gesamtinteresses. Eine Kürzung von 2% oder 0.6 Millionen Franken ist angemessen. Dabei ist insbesondere auch zu überprüfen, ob die Gemeinden vermehrt Aufgaben in diesem Bereich übernehmen können.

Entsprechend wird folgendes beantragt:

Das Aufwandtotal der Dienststelle P2306, ist um 2% zu kürzen. Der Regierungsrat, bzw. die Bau- und Umweltschutzdirektion beschliesst die Details.

Antrag 2010-316 15 von Martin Rüegg (SP) und Christoph Buser (FDP)

Jurapark Baselland: Finanzielle Unterstützung - 250'000 Franken

BUD P2307 ARP, Konto 3132

Der Jurapark Baselland verfolgt zwei Ziele: Einerseits soll die Qualität von Natur und Landschaft erhalten und aufgewertet werden. Auf der anderen Seite soll die nachhaltig betriebene Wirtschaft gestärkt und die Vermarktung ihrer Waren und Dienstleistungen gefördert werden. Gemäss dem Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz (NHG) unterstützen die Kantone regionale Bestrebungen zur Errichtung und Erhaltung von Parks nationaler Bedeutung. Der Bund gewährt Finanzhilfen nur, wenn sich der Kanton und die Gemeinden finanziell angemessen an der Errichtung beteiligen. Die regionale Initiative ist unterstützungswürdig. Sie leistet einen Beitrag zur Standortförderung unserer Region.

Ende August ist der Vorstand erweitert und breiter abgestützt worden. Neben weiteren Gemeindevertretern sind neu auch folgende Organisationen direkt im Vorstand eingebunden: Bauernverband beider Basel, BL Tourismus, Basellandschaftlicher Natur- und Vogelschutzverband BNV, Gastro BL, Pro Natura BL, Wirtschaftskammer BL. Der Vorstand hat nach intensiven Gesprächen in Gemeinden und mit dem BAFU entschieden, das Gesuch Anfang Januar 2011 in Bern einzureichen.

Der Betrag wird nur fällig, wenn das Gesuch in der zweiten Jahreshälfte 2011 vom Bund bewilligt wird.

Reduktion Bereichsaldo Stab SID

Im Bereich des Stabs SID ist ein Aufwand von Total 40.0 Millionen Franken budgetiert. Angesichts der schwierigen Lage der Kantonsfinanzen sind die Sparanstrengungen zu verstärken. Eine Kürzung von 2% oder 0.8 Millionen Franken ist angemessen. Dies vor allem angesichts der 8% Steigerung in diesem Bereich gegenüber dem Budget 2010 und von 12% gegenüber der Rechnung 2009.

Entsprechend wird folgendes beantragt:

Das Aufwandtotal des Bereichs Stab SID ist um 2% zu kürzen. Der Regierungsrat, bzw. Sicherheitsdirektion beschliesst die Details.

Reduktion Bereichssaldo Staatsanwaltschaft

Im Bereich der neu geschaffenen, vereinigten Staatsanwaltschaft ist ein Aufwand von Total 27.6 Millionen Franken budgetiert. Angesichts der schwierigen Lage der Kantonsfinanzen sind die Sparanstrengungen zu verstärken. Eine Kürzung von 1.5% oder 0.4 Millionen Franken ist angemessen. Dies vor allem auch angesichts der im Vergleich zu anderen Kantonen gut dotierten Staatsanwaltschaft.

Entsprechend wird folgendes beantragt:

Das Aufwandtotal des Bereichs Staatsanwaltschaft ist um 1.5% zu kürzen. Der Regierungsrat, bzw. die Sicherheitsdirektion beschliesst die Details.

Reduktion Transfersaldo BKSD

Für den Transfersaldo der BKSD ist ein Aufwand von Total 215.7 Millionen Franken budgetiert. Der Löwenanteil dieser Summe entfällt auf die Uni Basel und die FHNW (ca. 200 mio). Die implizite Defizitgarantie, welche durch die Staatsverträge Uni, bzw. FHNW gegeben sind, erschweren die Beeinflussung dieses Transfersaldos.

Angesichts der schwierigen Lage der Kantonsfinanzen sind jedoch auch hier die Sparanstrengungen zu verstärken. Ein jährliches Kostenwachstum von 10% bei der FHNW und 5% bei der Uni sind längerfristig nicht finanzierbar und es gilt dieses Wachstum jetzt zu drosseln.

Eine Kürzung von 3% oder 6.5 Millionen Franken ist deshalb angemessen und stellt den tertiären Bildungsinstitutionen nach wie vor deutlich mehr Mittel zur Verfügung als im Vorjahr.

Entsprechend wird folgendes beantragt:

Das Aufwandtotal des Transfersaldos der BKSD ist um 3% zu kürzen. Der Regierungsrat, beschliesst die Details.

Antrag 2010-316 19 von Jürg Wiedemann (Grüne), Martin Rüegg (SP), Paul Wenger (SVP) und Urs von Bidder (EVP)

Ausserschulische Anlässe

Exkursionen, Schulverlegungen und Projektwochen fördern den sozialen Zusammenhalt einer Klasse erheblich. Ein konzentrierteres Arbeiten in der Schule ist die Folge. Davon profitiert der Fachunterricht deutlich: schulische Leistungen nehmen zu, soziale und andere Probleme nehmen ab.

In der Rechnung 2009 ist der Aufwand für ausserschulische Anlässe (Konto P2507 317) mit Fr. 5'194'153 ausgewiesen. Im Budget 2010 waren noch Fr. 3'749'300.- veranschlagt, was gegenüber der Rechnung 2009 eine Reduktion von 28% entspricht. Im Budget 2011 sollen nochmals 30% eingespart werden. Veranschlagt sind nun lediglich noch Fr. 2'607'400.-.

Einzelne Schulleitungen haben in den vergangenen Wochen bereits die Lehrkräfte über diese geplante Sparmassnahme informiert und mitgeteilt, dass die Anzahl Lager, Projektwochen usw. reduziert werden müssen. Aus sozial-pädagogischen Gründen ist diese Sparübung von rund 58% zwischen 2009 und 2011 unverständlich.

Aus diesen Gründen soll Konto P2507 317 (Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen) um Fr. 557'600.- auf Fr. 3'165'000.- erhöht werden. Gegenüber der Rechnung 2009 würden in diesem Bereich noch immer 39.1% eingespart.

In den vergangenen zwei Jahren haben vereinzelt Lehrkräfte pädagogisch unsinnige und zu teure Lager durchgeführt. Die Kontrolle durch die Schulleitung war nicht in jedem Fall gegeben. Dies muss sich in Zukunft ändern - deshalb ist Handlungsbedarf angezeigt. Einen entsprechenden Vorstoss wird die Grüne Fraktion gleichzeitig mit diesem Budgetpostulat einreichen.

Antrag 2010-316 20 von Martin Rüegg (SP) und Marianne Hollinger (FDP)

KASAK III: Tranche 2011 - 1.2 Millionen Franken

Konto 2513.3632 und/oder 2513.3635

Vor 10 Jahren hat der Kanton Basel-Landschaft mit dem KASAK (Kantonalen Sportanlagenkonzept) einen wegweisenden Schritt zur Unterstützung von regionalen und kantonalen Sportstätten getan. Der Landrat hat die beiden Verpflichtungskredite von 12 Millionen Franken für die Jahre 2000-2004 und 2005-2009 jeweils ohne Gegenstimme bewilligt. Davon haben nicht nur der Breitensport, die Gemeinden und der Kanton selber, sondern auch die regionale Wirtschaft profitiert. Im November 2009 hat der Landrat mein Postulat [2008/286](#) "KASAK III?", welches eine neue KASAK-Vorlage für 2010-2014 angeregt hatte, stillschweigend überwiesen. Noch hängig ist die Motion [2010/252](#) von Marianne Hollinger, welche die Finanzierung von KASAK III auf eine neue Basis stellen will. Seither stockt der Prozess. Dem Voranschlag 2011 ist zu entnehmen, dass die Regierung beabsichtigt, das KASAK erst 2013 wieder in Betracht zu ziehen. Damit würde eine Zäsur von mindestens drei Jahren entstehen.

Das KASAK ist eine Erfolgsgeschichte und sollte nicht weiter sistiert werden. Mit dem vorliegenden Budgetpostulat wird den Sparbemühungen einerseits und den Bedürfnissen des Breitensports andererseits Rechnung getragen, in dem nur die Hälfte der bisherigen Jahrestanchen für das Jahr 2011 gesprochen werden soll.

Antrag 2010-316 21, von Klaus Kirchmayr, Grüne Fraktion

Reduktion Saldo Gerichte (P2600 - P2614)

Für die Gerichte des Kantons ist ein Aufwand von Total 32.3 Millionen Franken budgetiert. Die angespannte Finanzlage des Kantons zwingt zur Verstärkung der Sparanstrengungen im Sinne des Gesamtinteresses. Eine Kürzung von 1% oder 0.3 Millionen Franken ist angemessen.

Entsprechend wird folgendes beantragt:

Das Aufwandtotal der Gerichte des Kantons, ist um 1% zu kürzen. Die Geschäftsleitung des Kantonsgerichts beschliesst die Details.

Antrag 2010-316 22 der SVP-Fraktion

P 2600 Kantonsgericht: Konto 313

Antrag:

Das Konto für Dienstleistungen und Honorare ist um CHF 350'000.- zu reduzieren.

Begründung:

Die Uebernahme der Statthalterämter und des BUR per 2011 wird bei der SID bei den IT-Konten mit einer Erhöhung gegenüber B 2010 um 350'000 CHF budgetiert. Beim Kantonsgericht ist eine entsprechende IT- Kostenreduktion um diese CHF 350'000.- nicht ersichtlich.